

Kein Frieden in bosnischen Händen

Studie verwirft Kurs der internationalen Gemeinschaft

Von Daniel Riegger (Frankfurt a. M.)

Eine düstere Bilanz der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina ziehen europäische Wissenschaftler und Praktiker, die dort tätig waren. Vier Jahre nach dem Dayton-Friedensvertrag, so ihr Fazit, sind die Versuche, einen dauerhaften Friedensprozess in dem ethnisch zerrissenen Land durchzusetzen, überwiegend gescheitert.

In einer Studie, die die „European Stability Initiative“ (Europäische Stabilitäts-Initiative ESI) jetzt anlässlich des Besuchs der Präsidentschaft von Bosnien-Herzegowina in der Bundesrepublik vorgelegt hat, wird detailliert dargelegt, warum die Strategie der internationalen Gemeinschaft bislang fehlschlagen musste. Die ESI, im Sommer vom Internationalen Bosnien-Schlichter und CDU-Bundestagsabgeordneten Christian Schwarz-Schilling mitbegründet, versteht sich als eine Art europäischer „think tank“ (Denkfabrik) zu Südosteuropa.

Die internationale Gemeinschaft, so lautet der zentrale Vorwurf der Forscher, habe in den vergangenen Jahren ohne „strategische Vision“ gearbeitet, sondern mehr oder weniger zufällig, bloß reagierend auf gerade aktuelle Probleme. Eine zentrale Fehleinschätzung des Auslands sei die Annahme, dass die ethnischen Konflikte zwischen Serben, Kroaten und Bosniaken noch immer das größte Problem im Friedensprozess darstellen. Viel schädlicher sei, dass kriegsbedingte lokale Machtstrukturen und kommunistische Kommandowirtschaft weitgehend unangetastet fortbeständen. Der Westen hat der ESI-Analyse zufolge Institutionen in dem aus serbischer Teilrepublik und bosnisch-kroatischer Föderation bestehenden Bosnien-Herzegowina aufgebaut, „die keine effektive Macht ausüben“. Jeder Rück-

zug der internationalen Gemeinschaft mit der Friedenstruppe Sfor und der zivilen Verwaltung des Hohen Repräsentanten würde den zerbrechlichen Frieden gefährden und „katastrophale Folgen“ haben.

Die ESI begrüßt, dass zunehmend angestrebt werde, den Friedensprozess „in bosnische Hände“ (bosnian ownership) zu übergeben. Doch sei diese Strategie wenig hilfreich, solange diese „Hände“ alle Bemühungen zum Aufbau eines einheitlichen demokratischen Staates, Versöhnung der ethnischen Gruppen oder Modernisierung der Wirtschaft grundsätzlich ablehnten. Die Studie benennt diese alten Machtstrukturen konkret, zum Teil mit Beispielen aus Gemeinden und Regionen.

Die „gefährlichste Herausforderung“ sei die illegale Parallelrepublik der bosnischen Kroaten (Herceg-Bosna), die trotz internationalen Drucks noch immer fortbesteht, mit eigenem Steuersystem, Strom- und Telekommunikationsunternehmen sowie Kantonen, die sich nicht in die Föderation einfügen. Möglich sei dies nur dank der Gelder von Kroatien.

Ahnliches gilt für die serbische Teilrepublik (Republika Srpska), wo die Hardliner in Pale mit ihrer Opposition gegen die vom Westen unterstützte Regierung des moderaten Ministerpräsidenten Milorad Dodik die Teilrepublik seit einem Jahr so gut wie lahmgelegt haben. Aber auch die lokalen Machthaber in moslemisch-bosnischen Regionen unterminieren die Macht der gewählten zentralen Institutionen.

Einen Hoffnungsschimmer für die internationale Gemeinschaft sieht die ESI-Studie: Auch die alten, aus Krieg und Kommunismus geretteten Machtstrukturen begännen zu bröckeln. Doch bislang seien es nicht demokratische Opposition und Pluralismus, die an ihre Stelle träten, sondern „organisierte Kriminalität, Klüngelei, Verfall der demokratischen Institutionen und Spaltung der Gesellschaft“.